

NIE WIEDER FASCHISMUS – NIE WIEDER KRIEG!

Erinnert sich jemand an den Schwur der Gefangenen von Buchenwald? Vor 80 Jahren wurde Deutschland von der nationalsozialistischen Diktatur befreit. Nie wieder – das war die große Hoffnung für viele. Und wo stehen wir jetzt? Eine Partei, die „Remigration“ fordert und „Hitler und die Nazis für einen Vogelschiss in der deutschen Geschichte“ hält, ist zweitstärkste Kraft bei der Bundestagswahl geworden. Und Deutschland rüstet auf wie seit langem nicht mehr – die Bevölkerung, *wir* sollen wieder kriegstüchtig werden.

Die Demokratie ist in Gefahr, Kolleginnen und Kollegen! Sie ist in Gefahr, weil rechte Kräfte Ungleichheit predigen und Hass schüren. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer – in einem der reichsten Länder der Welt. Aber an „die da oben“ traut mich sich nicht heran. Nein, man tritt nach unten! Es wird Hatz auf Menschen gemacht, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind. Auf Menschen, die von Sozialleistungen leben müssen – und das, obwohl völlig klar ist, dass ganz andere die Verantwortung für Verarmung, für steigende Mieten und unsichere Arbeit tragen. Die radikale Rechte findet Ungleichheit natürlich und richtig – zwischen Männern und Frauen, Einheimischen und Zugewanderten, Armen und Reichen, Arbeit und Kapital. Aber soziale Ungleichheit ist Gift für Demokratie – deshalb müssen wir sie bekämpfen.

Die Demokratie ist in Gefahr – auch weil Aufrüstung und Militarisierung sie grundsätzlich in Frage stellen. Befehl und Gehorsam sind keine demokratischen Werte – aber wir brauchen mehr davon, heißt es. An den Schulen wirbt die Bundeswehr um angehende Soldaten und Soldatinnen. Unternehmen fangen schon an, statt Autos Panzer und Drohnen zu produzieren. In Universitäten soll Forschung nicht mehr unbedingt dem Frieden verpflichtet sein, sondern manchmal eben auch dem Krieg. Und wenn dann Krieg ist, Kolleginnen und Kollegen, dann gibt es nichts mehr demokratisch zu entscheiden. Dann werden Arbeitsrechte ausgesetzt, wird Streik verboten, dann kennt, wie Kaiser Wilhelm das 1914 sagte, die Regierung keine

Klassen und Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Und dann zahlen wir, dann zahlen wie immer die arbeitenden Menschen, die kleinen Leute, die Zeche – denn wir sind es, deren Häuser und Städte zerstört werden, und die an den Fronten sterben, und zwar auf allen Seiten. Gerade die Gewerkschaften – wir müssen das verhindern!

Aber wie geht das? Wie verteidigt man die Demokratie?

„Mach dich stark mit uns“ – so lautet das Motto des DGB zum 1. Mai 2025. Zusammen ist man stärker als allein – das ist eine ganz alte Erfahrung, die Menschen bis heute dazu bringt, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Wenn wir uns einig sind, dann kommt an uns niemand vorbei, denn wir, die arbeitenden Menschen in diesem Land, sind die überwältigende Mehrheit – 92 Prozent der Erwerbstätigen sind aktuell abhängig beschäftigt. Und die Mehrheit entscheidet in einer Demokratie. Oder?!

Kolleginnen und Kollegen, da haben wir ein kleines Problem. Gerade in der Arbeitswelt, in Unternehmen, treffen nämlich zwei Prinzipien aufeinander, die nicht zusammen passen: Kapitalismus und Demokratie. Die Wirtschaft funktioniert nach der Logik des Kapitalismus. Der bezieht seine Dynamik in allererster Linie aus Unterschiedlichkeit und Konkurrenz: Unternehmen konkurrieren miteinander – um Innovationen, um Ressourcen, um Köpfe, um Marktanteile. Demokratie spielt hier erst einmal keine Rolle. Unternehmen sind keine demokratischen Einrichtungen, hier wird nicht abgestimmt, was und wie produziert wird. Nein, diese Entscheidungen trifft das Unternehmen, es gilt das Direktionsrecht des Managements. Menschen im Unternehmen gelten gerade nicht als Gleiche – Firmenleitung und Belegschaft haben nicht dieselben Rechte. Und *gerade deshalb* gehört der Kampf um die Erweiterung demokratischer Spielräume, um kollektive Rechte für Arbeitende zu den wichtigsten Aufgaben für gewerkschaftliche Politik. Und es ist ja gelungen, betriebliche Mitbestimmung durchzusetzen und schrittweise zu erweitern. „Mehr Demokratie wagen!“ – diese Forderung zielte doch grade auch auf Unternehmen ab. Und viele Beschäftigte haben sich das getraut – sie haben sich zusammen stark gemacht. Sie haben den Unternehmen, die vor allem auf Unterschiedlichkeit und Konkurrenz

setzen, demokratische Standards, Tarifverträge, Arbeitsrechte abgetrotzt. Darauf können wir stolz sein!

Aber diese Standards sind heute massiv unter Druck. Das zeigt sich schon daran, dass der Teil der Arbeitswelt, in dem Gewerkschaften und Betriebs- oder Personalräte überhaupt eine Rolle spielen, immer kleiner wird. Die DGB-Gewerkschaften hatten um das Jahr 2000 etwa 8 Mio. Mitglieder – im Jahr 2022 waren es noch 5,6 Mio. Und nicht mal mehr die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland wird durch einen Betriebsrat vertreten. Dazu kommt, dass Tarifverträge und betriebliche Interessenvertretungen sich auf einen kleinen Ausschnitt der Arbeitswelt konzentrieren: Vor allem auf große Unternehmen, oft in der Industrie, und auf den öffentlichen Dienst. Im Einzelhandel zum Beispiel können Beschäftigte davon nur träumen. Und selbst da, wo Gewerkschaften und Betriebsräte immer noch mächtig sind, werden Vereinbarungen teilweise von heute auf morgen in Frage gestellt. Wer hätte sich vorstellen können, dass das Management von Volkswagen fünf Tarifverträge einfach so kündigt, wie es Ende 2024 passiert ist? Hier ändert sich gerade etwas – da müssen wir wachsam sein!

Denn hier wird Demokratie massiv in Frage gestellt. Warum? Betriebsräte sorgen dafür, dass Beschäftigte ihren Vorgesetzten nicht einzeln gegenüberreten müssen. Und das ist wichtig, weil ja auch Beschäftigte ständig miteinander konkurrieren: Um einen sicheren Arbeitsplatz, um die Beförderung, um das nächste interessante Projekt. Wenn Beschäftigte trotz aller Konkurrenz zusammen für ihre gemeinsamen Interessen eintreten sollen, dann geht das nur, wenn sie sich organisieren. Dazu kommt, dass Beschäftigte sich in eins-zu-eins-Verhandlungen mit ihren Vorgesetzten kaum durchsetzen könnten. Betriebsräte und Tarifverträge mildern das Machtgefälle zwischen Kapital und Arbeit, aber auch die Konkurrenz zwischen Beschäftigten wenigstens ein bisschen ab. Und damit entstehen überhaupt erst Spielräume für Demokratie in der Arbeitswelt.

Was können wir tun, um Tarifverträge und Betriebsräte zu stärken?

- Wir brauchen ein wirkungsvolles Verbot von Betriebsrat-Mobbing und Union Busting.

- Lasst uns Tarifverträge überall dort für allgemeinverbindlich erklären, wo Beschäftigte sich besonders schlecht gegen Unternehmen durchsetzen können!
- Kein öffentlicher Auftrag an Unternehmen ohne Tarifvertrag und betriebliche Interessenvertretung!
- Kein öffentliches Geld für Unternehmen ohne demokratische Kontrolle darüber, ob Arbeitsplätze abgebaut und Gelder an Aktionäre ausgeschüttet werden.
- Wenn Unternehmen so scheue Rehe sind, die aus Unternehmerverband und Tarifvertrag fliehen – dann müssen wir Zäune ziehen!

Entdemokratisierung geht aber weiter, Kolleginnen und Kollegen. Sie begegnet uns auch im Arbeitsalltag. Nehmen wir etwa die Regulierung von Arbeitszeiten. Da gibt es das Arbeitszeitgesetz und tarifliche Vereinbarungen – alles okay, sollte man meinen. Leider stimmt das nicht. Im Jahr 2016 lag die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten laut Vertrag bei 38,6 Stunden – die tatsächliche Arbeitszeit lag bei 43,5 Stunden. Wie kann das sein, dass Leute *im Schnitt* pro Woche fünf Stunden länger arbeiten als im Vertrag steht? Schauen wir mal in so ein Unternehmen hinein. In vielen Firmen gibt es beim Thema Arbeitszeit ganz verschiedene Standards: Manche Beschäftigten arbeiten Schicht, andere arbeiten Gleitzeit. Manche buchen auf Lebensarbeitszeitkonten, andere arbeiten auf Abruf. Wieder andere haben Vertrauensarbeitszeit – sie schreiben ihre Arbeitsstunden überhaupt nicht auf. Wie vertritt man als Betriebsrat so eine zersplitterte Belegschaft? Und wie mobilisiert man als Gewerkschaft Beschäftigte, die ganz unterschiedliche Arbeitszeitstandards haben, für *eine* arbeitszeitpolitische Forderung? Da gibt es keine einfachen Antworten. Aber wenn man keine Arbeitszeitstandards durchsetzt, die für alle gelten, dann werden die Arbeitsbedingungen immer ungleicher – demokratische Teilhabe funktioniert immer weniger. Dazu kommt, dass viele Betriebsräte die Einhaltung von Arbeitszeiten absurderweise *gegen Beschäftigte* durchsetzen müssten. Dann nämlich, wenn Projektarbeit und Zielvereinbarungen gelten. Vorgesetzte geben dann ein Projektziel aus und sagen: Es muss bis zu diesem Termin erreicht sein. Wann und wie lang ihr arbeitet, ist euch überlassen. Viele Beschäftigte finden das gut: Weniger direkte Kontrolle, arbeiten können, wann

und wie man will. Das Ding hat aber einen Haken: Projektziel, Personalausstattung und Deadline werden weiterhin vom Unternehmen bestimmt – da spielt demokratische Mitsprache keine Rolle. Was passiert also? Beschäftigte fangen an, sich nach der Decke zu strecken – denn der Vorgesetzte sagt ja, dass mit Markt oder Kunde nichts zu verhandeln ist. Man setzt die anderen Projektmitglieder unter Druck – nicht die Unternehmensleitung, die zu wenig Zeit und Ressourcen einplant. Sollen Betriebsräte unter diesen Bedingungen Beschäftigten, die eine dringende Deadline vor sich haben, am Abend das Licht ausschalten? Schwierig – aber tun sie das nicht, ist die Folge oft „Arbeiten ohne Ende“. Wenn der Arbeitstag aber keine festen, kollektiv vereinbarten Grenzen mehr hat, dann wird der Zugriff des Unternehmens auf Arbeitskraft grenzenlos. Kolleginnen und Kollegen: Was ist der Unterschied zwischen „freier“ Lohnarbeit und Sklaverei? Das ist die Möglichkeit, sich ab einem bestimmten Punkt zu verweigern, nein zu sagen. Und das wird durch diesen Umgang mit Arbeitszeit in Frage gestellt. Es gibt keinen verbindlichen Feierabend, kein verlässliches Wochenende mehr – und damit werden Beschäftigte „unfreier“. Arbeit wird länger und intensiver. Es bleiben immer weniger zeitliche Spielräume, um sich mit Kollegen auszutauschen und sich mit Kolleginnen zu organisieren. Auch so wird demokratische Teilhabe zurückgedrängt.

Aber was tun?

- Wir brauchen tarifliche Standards für den Umgang mit Arbeitszeit – und mit Leistung! Wer redet heute noch über eine „Normalleistung“, die über ein ganzes Leben durchzuhalten ist, ohne dass Beschäftigte krank werden? Heutzutage legen Unternehmen fest, wie viel Gewinn sie machen wollen, und Beschäftigte müssen dann eben genug Leistung bringen, um diese Gewinnerwartungen zu erfüllen. Welchen Preis sie in Sachen Stress und Gesundheit dafür zahlen, spielt keine Rolle. Die Krankenhausbewegung hat klare tarifliche Vorschriften für Personalbemessung erstreikt – das muss doch in anderen Branchen auch möglich sein!
- Wir brauchen *mehr* Regulierung von Arbeitszeiten, nicht noch mehr Öffnungsklauseln, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht. Es ist doch ein Märchen, dass flexible Arbeitszeiten nicht mit kollektiven Rechten vereinbar sind. Gewerkschaften haben doch vorgemacht, wie man die Wahl zwischen

mehr Geld und mehr freier Zeit tariflich festschreibt. Flexibilität, individuelle Wahl *und* kollektive Rechte – offensichtlich geht das doch zusammen!

- Und noch etwas: Aktuell arbeiten die meisten Männer Vollzeit und machen sehr viel Überstunden – immer mehr Frauen stecken in Teilzeit oder Minijob fest. Beide Gruppen sagen: ideal wären 25-30 Stunden pro Woche. Wie wäre es also mit einem Kampf für eine „kurze Vollzeit“ für alle – über Gewerkschaftsgrenzen hinweg?
- Die neue Koalition hat andere Ziele: Länger arbeiten, heißt die Devise. Sich noch flexibler an Unternehmensbedürfnisse anpassen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2019, dass jede Stunde Arbeitszeit dokumentiert und bezahlt werden soll, möglichst wenig umsetzen.
- Wir brauchen eine andere Arbeitszeitpolitik, Kolleginnen und Kollegen – eine, die zu unserem Leben passt, die uns nicht krank macht. Kurze Vollzeit für eine menschengerechte Arbeitswelt – mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen!

Die Demokratie ist in Gefahr, denn auch prekäre Beschäftigung frisst Demokratie auf. Seit den 1980er Jahren haben es Regierungen für Unternehmen immer leichter gemacht, befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Minijobs und Werkverträge zu nutzen. Durch die Hartz-Reformen wurde der Druck auf Arbeitslose erhöht, notfalls jeden Job anzunehmen. Unter diesen Bedingungen nimmt die Konkurrenz um Arbeit zu – und mit der Konkurrenz um Arbeitsplätze steigt auch die Konkurrenz in der Arbeit. Ja, es gibt noch stabile Stammebelegschaften, etwa in der Industrie. Aber auch die können sich schlechter für gute Arbeitsbedingungen einsetzen, wenn direkt nebenan, teilweise in derselben Halle, Leiharbeiter und Werkvertragsnehmerinnen stehen, die mehr Leistung für deutlich weniger Geld bringen müssen. Und es ist schwer, eine Belegschaft im Krankenhaus für gemeinsame Interessen zu mobilisieren, wenn viele Beschäftigte gar nicht mehr zur Belegschaft gehören, weil Reinigung, Bettentransport, Kantine oder Wäscherei ausgelagert worden sind. Kurz: Durch Prekarisierung gibt es immer weniger Standards, die tatsächlich für alle gelten. Weniger Möglichkeiten, sie gemeinsam zu verteidigen und nein zu sagen. Wenn Demokratie auf Gleichheit und universellen Rechten beruht, dann heißt prekäre Arbeit fördern: Demokratie zurückdrängen!

Wie ginge es anders?

- Der Niedriglohnsektor wurde politisch geschaffen – er kann und er muss abgeschafft werden! Es darf keine Jobs geben, von denen man nicht leben kann und die Armut im Alter bedeuten. Laut OECD würde ein existenzsicherndes Einkommen (jedenfalls für Vollzeitbeschäftigte) aktuell einen Stundenlohn von 15 Euro voraussetzen. Der gesetzliche Mindestlohn liegt deutlich darunter – hoch damit!
- Keine abhängige Beschäftigung ohne Sozialversicherung! Wir brauchen eine Bürgerversicherung – ohne Beitragsbemessungsgrenze, aber mit Abgaben auf Kapitalerträge! Konkret heißt das: Abschaffung von Minijobs, Beamte und Beamtinnen, Alleinselbständige – alle hinein in die Sozialversicherung!
- Und diese Sozialversicherung müssen wir verteidigen. Ein klares Nein zu Karenztagen bei der Krankmeldung, zu immer neuen Sanktionen gegen Arbeitslose. Kolleginnen und Kollegen: Wir zahlen Beiträge zur Sozialversicherung – und damit erwerben wir Rechtsansprüche auf Unterstützung. Deshalb kann man Leistungen nicht einfach so streichen, kann man nicht einfach immer neue Sanktionen verhängen. *Wir* haben diese Sicherungssysteme aufgebaut: Wer sie angreift, greift uns alle an. Lassen wir uns das nicht bieten – und lassen wir uns vor allem nicht gegeneinander ausspielen!

Letzter Punkt: Demokratie ist in Gefahr, wenn staatliche Ausgaben für öffentliche Aufgaben immer weiter zurückgeschnitten werden. Bürokratieabbau klingt gut, meinen viele – jedenfalls solange man ihn nicht mit der Kettensäge betreibt, wie Trump und Musk es tun. Doch auch bei uns werden seit Jahrzehnten öffentliche Dienste privatisiert. Einrichtungen, die öffentlich bleiben, werden künstlichem Marktdruck ausgesetzt – man denke etwa an die Profitvorgaben im öffentlichen Gesundheitssystem. In der Corona-Pandemie kam diese Logik unter Druck: Gesundheit ist keine Ware, hieß es zurecht. Arbeit muss aufgewertet werden – in der Pflege, in der Erziehung, im Einzelhandel ... überall dort, wo es um die grundlegenden Strukturen von menschlichem Zusammenleben und menschlichem Überleben geht. Und wo stehen wir heute? Es geht nicht mehr um Aufwertung – es geht um Aufrüstung! Die Schuldenbremse bleibt für den regulären Bundeshaushalt –

und damit gerade auch für Arbeit und soziale Sicherung. Das bedeutet:
Finanzierungsvorbehalt – mal schauen, ob das Geld reicht! Für den Militäretat gilt:
„whatever it takes“. Wir brauchen aber genau das Gegenteil:

Kinderarmut beseitigen – whatever it takes!

Bezahlbare Wohnungen bauen – whatever it takes!

Keine Armut nach einem langen Arbeitsleben – whatever it takes!

Menschwürdige Pflege für alle – whatever it takes!

Löhne, die zum Leben reichen – whatever it takes!

Da würde uns noch sehr viel anderes einfallen. Doch leider sieht die Realität anders aus: Der Rückbau des Staates soll weitergehen – und das heißt konkret: Rückbau demokratischer Einflussnahme. Den Abbau von Staatsschulden höher zu gewichten als Arbeit und soziale Sicherung, heißt: der wachsenden Ungleichheit immer weniger entgegensetzen. Die Konkurrenz unter Beschäftigten immer weiter anstacheln und ihnen die Hoffnung nehmen, dass eine andere Politik möglich ist – in der Arbeitswelt und darüber hinaus. Und dafür zahlen wir einen hohen Preis. Umfragen zeigen: Wer den Eindruck hat, für die eigene Leistung nicht angemessen entlohnt zu werden, kaum Mitsprache bei strategischen Entscheidungen am Arbeitsplatz zu haben, und nicht mehr stolz sein kann auf die eigene Tätigkeit, macht mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit das Kreuz bei der AfD. Und damit schließt sich der Kreis:

NIE WIEDER FASCHISMUS – NIE WIEDER KRIEG!

Das heißt auch: Schluss mit der Entdemokratisierung der Arbeitswelt!

Verteidigen wir unsere Demokratie! Sagen wir **NEIN!**

NIE WIEDER IST JETZT